

Neue Risiken durch neue Gesetze

Die öffentliche Hand mischt sich immer stärker ins Wirtschaftsleben ein. Hilfen für Banken und Industrie haben jedoch oft ein juristisches Nachspiel.

Tobias Freudenberg
Köln

Nichts geht mehr ohne den Staat. Auch in der Privatwirtschaft mischt er mittlerweile kräftig mit. Zum Beispiel im Finanzsektor: In der Wirtschaftskrise bewahrte er mit seinem Rettungsschirm gleich reihenweise Banken vor dem Kollaps. Dafür bestimmt er jetzt bei der Geschäftspolitik, den Managergehältern und der Kreditvergabe mit. Auch viele Industrieunternehmen überlebten nur mit Hilfe von staatlichen Geldspritzen. Die Unterstützung gab es gegen Zugeständnisse: Bei den Sanierungsplänen der geförderten Firmen sprachen die Behörden ein gewichtiges Wort mit.

Mächtige Bundesnetzagentur

Hinzu kommt: Mit den regulierten Industriezweigen kontrolliert der Staat wichtige Bereiche der Volkswirtschaft. Die Märkte für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn stehen unter der strengen Aufsicht der Bundesnetzagentur. Die Behörde nutze ihren Ermessensspielraum und baue ihre Interventionsmöglichkeiten kontinuierlich aus, sagt Norbert Wimmer, Partner der Kanzlei White & Case in Berlin. Der Europäische Gerichtshof billige das bei nur eingeschränkter gerichtlicher Kontrolle in Deutschland.

Die Eingriffe des Staats sieht Wimmer kritisch: „Das Wirtschaftsverwaltungsrecht im klassischen Sinne



Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur: Regulierungsfragen rufen vermehrt Fachleute für öffentliches Wirtschaftsrecht auf den Plan.

war vor allem Ordnungsrecht“, sagt der Anwalt. Inzwischen betreibe der Staat aber gezielte Investitionssteuerung im Wege der Anreizregulierung. „Das war in diesem Maße früher nicht vorstellbar.“

Trotz aller Kritik - den Experten für öffentliches Wirtschaftsrecht hat sich durch den wachsenden staatlichen Einfluss ein weites Betätigungsfeld geöffnet. Allerdings haben sich die Arbeitsschwerpunkte

der spezialisierten Anwälte durch die Krise verändert. In besseren Tagen rückten die Rechtsberater aus, wenn Unternehmen behördliche Genehmigungen brauchten oder von staatlichen Eingriffen betroffen

waren. Die Anwälte begleiteten große Bau- und Infrastrukturprojekte und führten für ihre Mandanten die Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. Häufig waren sie auch für Regierungen und Behörden im

Öffentliches Wirtschaftsrecht

Name	Kanzlei	Sitz	Kontakt
Martin Beckmann	Baumeister	Münster	0251 484 880
Jan Byok	Bird & Bird	Düsseldorf	0211 2005 6000
Siegfried de Wit	De Witt	Berlin	030 4202 8305
Klaus-Peter Dohle	Doide Mayen & Partner	Stuttgart	0711 601 701 0
Ulrich Ehringhaus	Baker & McKenzie	Frankfurt/a.M.	069 29 9080
Hartmut Gaßner	Gaßner, Groth, Siederer & Coll.	Berlin	030 7261 026 0
Hartmut Grottel	Baumeister	Münster	0251 484 880
Klaus-Martin Groth	Gaßner, Groth, Siederer & Coll.	Berlin	030 7261 026 0
Frederik Lohse Neumann	K&L Gates	Berlin	030 220 029 0
Heiko Höfler	Orrick Höfters & Ehling	Frankfurt/a.M.	069 715 88 0
Lutz Hoff	Görg	Frankfurt/a.M.	069 1700 0017
Ute Jasper	Heuking Kühn Lüer Wojtek	Düsseldorf	0211 600 55 00
Heribert Jocher	Lenz und Jöhlen	Köln	0221 973 0020
Jörg Kärenfort	Saïans	Berlin	030 2647 30
Andreas Kuhn	Hogan & Hartson	Berlin	030 726 115 0
Ralf Leinemann	Leinemann & Partner	Berlin	030 2064 19 0
Berhard Linke	Freshfields Bruckhaus Deringer	Frankfurt/a.M.	069 27 3080
Robert Matthes	Noerr	Dresden	0351 816 600
Thomas Mayen	Redeker Sellner Dahs & Widmaier	Bonn	0228 7262 50
Berthold F. Mitrenga	Berlin Burkhardt	Nürnberg	0911 279 710
Christoph Mühlert	Gleiss Lutz	Berlin	030 8009 790
Malte Müller-Wrede	Müller-Wrede & Partner	Berlin	030 3992 500
Andreas Tacke	Gleiss Lutz	Berlin	030 8009 790
Olaf Otting	Gleiss Lutz	Frankfurt/a.M.	069 9551 40
Berhard Jocher	Freshfields Bruckhaus Deringer	Düsseldorf	0211 4979 0
Hans-Joachim Prief	Freshfields Bruckhaus Deringer	Berlin	030 2028 3600
Nicholas Quast	Quast & Partner	Stuttgart	0711 901 320
Konrad Redeker	Redeker Sellner Dahs & Widmaier	Bonn	0228 7262 50
Olaf Reich	Redeker Sellner Dahs & Widmaier	Berlin	030 8856 650
Jürgen Salzwedel	CMS Hasche Sigle	Köln	0221 77 160
Jochen Scherer	Baker & McKenzie	Frankfurt/a.M.	069 29 9080
Hans Schürmann	Gleiss Lutz	Stuttgart	0711 8997 0
Thomas Schmidt-Kötters	Hengeler Mueller	Düsseldorf	0211 830 40
Dieter Sellner	Redeker Sellner Dahs & Widmaier	Berlin	030 8856 650
Bernd Taneff	Hengeler Mueller	Berlin	030 2037 40
Wolf Friedrich Spieth	Freshfields Bruckhaus Deringer	Berlin	030 2028 3600
Wolfgang Steinhilber	Hengeler Mueller	Berlin	030 2037 40
Michael Uehtritz	Gleiss Lutz	Stuttgart	0711 8997 0
Lutz-Joachim Wenzel	Prof. Versteijl	Burgweide	05139 9895 0
Andrea Vetter	Doide Mayen & Partner	Stuttgart	0711 601 701 0
Olaf F. Wenzel	Nörr	München	089 286 28 0
Fritz von Hammerstein	CMS Hasche Sigle	Hamburg	040 376 300
Thomas Wagner	Freshfields Bruckhaus Deringer	Frankfurt/a.M.	069 27 3080
Clemens Weidmann	Gleiss Lutz	Stuttgart	0711 8997 0
Norbert Wimmer	White & Case	Berlin	030 8809 11 0

Handelsblatt

Quelle: Best Lawyers

Einsatz, wenn diese große Aufträge vergeben oder kommunale Betriebe privatisierten.

In diesen Beratungsfeldern herrscht derzeit Flaute: Für große Investitionen fehlt den klammen

Kommunen häufig das Geld. Die Mittel aus den Konjunkturpaketen stecken sie in Sanierungen und nicht in langfristige Vorhaben. Die Privatisierungswelle ist zudem vorerst gestoppt - potenziellen Käu-

fern fehlt das Geld. Auch die großen Ausschreibungen im Gesundheitssektor sind spürbar zurückgegangen.

Dafür boomt das Beihilferecht. „Zunächst sorgten die staatlichen Rettungsmaßnahmen für einen sprunghaften Nachfrageanstieg“, sagt Jurist Wimmer. Der Grund: Die öffentlichen Gelder für Banken und insolvenzbedrohte Unternehmen sind Beihilfen, die die Europäische Kommission bewilligen muss. Die Anwälte waren daher im Dauereinsatz, um die vielen Schutzpakete in Einklang mit den Brüsseler Vorgaben zu bringen. Dennoch haben die Beihilfen oft ein juristisches Nachspiel. Konkurrenten der staatlich geförderten Firmen können sich gegen wettbewerbsverzerrende Finanzspritzen wehren. Sie können bei der EU-Kommission Beschwerde einlegen oder vor nationalen Gerichten klagen.

Behörden bilanzieren wie Firmen

Für die Zukunft erwarten die Anwälte für öffentliches Wirtschaftsrecht eine Wiederbelebung des Projekt- und Transaktionsgeschäfts auf kommunaler Ebene. „Die Städte und Gemeinden bilanzieren inzwischen wie Unternehmen“, sagt Ute Jasper, Partnerin bei Heuking Kühn Lüer Wojtek in Düsseldorf. „Sie müssen ihr Vermögen bewerten und bei Verlust abschreiben.“ Das zwingt die Behörden zu nachhaltigen Investitionen - denn die Vermögenswerte müssten schließlich erhalten bleiben.

Jasper erwartet daher, dass langfristige Struktur- und Bauprojekte zunehmen werden. Auch im Bereich Verkehr ziehe das Beratungsgeschäft an. „Hier gibt es durch europäische Vorgaben neuen Wettbewerb“, sagt die Expertin für öffentliches Wirtschaftsrecht. „Dadurch wird es zu mehr Transaktionen kommen.“